



Sibylle Laurischk  
Rechtsanwältin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss  
Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und Umweltausschuss

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: (030) 227 – 72062  
Telefax: (030) 227 – 76062  
E-Mail: [sibylle.laurischk@bundestag.de](mailto:sibylle.laurischk@bundestag.de)  
Homepage: <http://www.laurischk.de>

18.11.2005

## **Scheidung künftig kein Opfer von Einsparmaßnahmen bei Gerichten**

Zu der Entscheidung der Justizministerkonferenz, einvernehmliche Scheidungen nicht auf Notare zu übertragen, erklärt die Familienrechtsexpertin der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle Laurischk, MdB:

Scheidungen und Trennungen sind für die Betroffenen emotional schwierig zu bewältigende Situationen. Aus gutem Grund sieht daher das Gesetz vor, dass Scheidungen immer von einem Gericht ausgesprochen werden müssen. Der Richter soll vor dem endgültigen Ende einer Ehe überprüfen, ob die Entscheidung zu einer einvernehmlichen Scheidung von beiden Ehepartnern wirklich gewollt wird. Übereilte Entschlüsse oder Zwangslagen können so vermieden werden.

Die Justizminister hatten über den Vorschlag zu entscheiden, ob in Zukunft Notare die Scheidung bei Einvernehmlichkeit der Ehepartner durchführen sollten. Dies sollte der Entlastung der Gerichte dienen. Die Justizminister haben Vernunft gezeigt und die Verlagerung der „Scheidung light“ auf Notare abgelehnt.

**PRESSEMITTEILUNG**



**Sibylle Laurischk**  
Rechtsanwältin

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der einvernehmlichen Scheidung durch den Notar stehen nach Ansicht der FDP neben anderen Nachteilen erhebliche verfassungsrechtliche Risiken gegenüber. Die Abwägung widerstreitender Interessen, die vermeintlich einige Partner eventuell nicht immer erkennen, kann nur ein Richter treffen. Die Rechtsprechung in Deutschland ist deswegen den Gerichten überlassen. Dieser Grundsatz darf nicht einer Entlastung der Gerichte zum Opfer fallen. Grundrechte zu wahren und bei Entscheidungen zur Entlastung der Gerichte Augenmaß zu bewahren wird bei einer großen Koalition vor allem Aufgabe der Liberalen sein.

**PRESSMITTEILUNG**